

**Aktuelles aus Berlin:**

[Fachanwalt für Bank- Kapitalmarktrecht](#)  
[Verbraucherinsolvenzverfahren](#)  
[Aufsicht in Insolvenzverfahren \(GAVI\)](#)  
[Telekommunikationsüberwachung](#)  
[Gesetzliche Regelung zum](#)  
[Jugendstrafvollzug](#)  
[Sicherstellung in internationalen](#)  
[Strafverfahren](#)  
[Strafverschärfung für extremistische](#)  
[Gewalttaten](#)  
[Änderungen im Maßregelvollzug](#)  
[Jahressteuergesetz 2008](#)  
[Unternehmenssteuerreform 2008](#)  
[BFH: Mindeststreitwert verfassungsgemäß](#)  
[Lohnsteuer 2008](#)  
[XML-Tage in Berlin](#)  
[DAI](#)

**Aktuelles aus Hamburg:**

[Einladung des Landesverbandes](#)  
[Hamburg zum Vortrag:](#)  
[„Kinderbetreuung in Hamburg](#)  
[nach PISA: Wie schief ist das](#)  
[Tor zur Welt?“](#)

[Nachrichten aus Brüssel](#)

Ausgabe Nr. 15/2007 v. 23.08.2007

**Aktuelles aus Berlin:**

**Fachanwalt für Bank- Kapitalmarktrecht**

Das BMJ hat die Beschlüsse der [Satzungsversammlung](#) zur Einführung einer neuen Fachanwaltschaft für Bank- und Kapitalmarktrecht nicht beanstandet ([Beschlüsse v. 11.06.2007](#)). Somit können diese in Heft 5/2007 der BRAK-Mitteilungen, das Mitte Oktober erscheinen wird, veröffentlicht werden. Die Neuregelung der FAO kann dann zum 01.01.2008 in Kraft treten.

**Verbraucherinsolvenzverfahren**

Das Bundeskabinett hat am 22.08.2007 den [Regierungsentwurf eines Gesetzes zur Entschuldung mittelloser Personen, zur Stärkung der Gläubigerrechte sowie zur Regelung der Insolvenzfähigkeit von Lizenzen](#) beschlossen. Lesen Sie hierzu auch die [BMJ- Pressemitteilung v. 22.08.07](#) und das [BMJ-Schaubild zur Verbraucherinsolvenz](#). Der Regierungsentwurf sieht – anders als der [Referentenentwurf](#) – vor, dass im Verbraucherinsolvenzverfahren vom Gericht ein Treuhänder eingesetzt wird. Die BRAK hatte sich bereits zum Referentenentwurf in der [BRAK-Stellungnahme-Nr. 12/2007](#) geäußert. Wir berichteten zu diesem Thema in KammerInfo [6/2007](#) sowie [12/2006](#).

### **Aufsicht in Insolvenzverfahren (GAVI)**

Der [Gesetzesantrag der Länder Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen zum Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung und Vereinfachung der Aufsicht in Insolvenzverfahren](#) wurde in den Bundesrat eingebracht. Durch die Neuregelung soll eine Vereinfachung und Verbesserung der gerichtlichen Aufsicht in Insolvenzverfahren erreicht werden. Lesen Sie hierzu die [Presseerklärung des Justizministeriums NRW v. 14.08.2007](#). Die BRAK hatte bereits zum [Diskussionsentwurf](#) Stellung genommen ([BRAK-Stellungnahme-Nr. 40/2006](#)). Die BRAK bezeichnete dabei die Vereinheitlichung von Formalien im Insolvenzverfahren als sinnvoll, lehnte die im Entwurf vorgeschlagenen Kontrollen jedoch ab. Wir berichteten zu diesem Thema in KammerInfo [1/2007](#).

### **Telekommunikationsüberwachung**

Die BRAK hat zum Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung der Telekommunikationsüberwachung und anderer verdeckter Ermittlungsmaßnahmen sowie zur Umsetzung der [Richtlinie 2006/24/EG \(BR-Drs. 275/07, BT-Drs. 16/5846\)](#) umfangreich Stellung genommen ([BRAK-Stellungnahme-Nr. 31/2007](#)). Durch den Entwurf sollen die Vorgaben aus dem BVerfG-Urteil v. 27.07.2007 ([1 BvR 668/04](#), vgl. dazu KammerInfo [15/2005](#)) erfüllt und verdeckte Ermittlungsmaßnahmen auf eine sichere Rechtsgrundlage gestellt werden. Wir berichteten zu diesem Thema in KammerInfo [13](#) und [12/2007](#).

### **Gesetzliche Regelung zum Jugendstrafvollzug**

Das Bundeskabinett hat am 08.08.2007 den [Regierungsentwurf eines Gesetzes zur Änderung des Jugendgerichtsgesetzes und anderer Gesetze](#) beschlossen. Durch diesen Entwurf sollen die Vorgaben des BVerfG-Urteil v. 31.05.2006 ([2 BvR 1673/04; 2 BvR 2402/04](#) - vgl. [BVerfG-Pressmitteilung- Nr. 43/2006 v. 31.05.2006](#)) umgesetzt werden. Das BVerfG hatte den Gesetzgeber aufgefordert, Rechtswegregelungen für den Jugendstrafvollzug zu schaffen, die der besonderen Situation Jugendstrafgefangener gerecht werden. Lesen Sie hierzu auch die [BMJ-Pressmitteilung v. 08.08.2007](#) und KammerInfo [12/2006](#).

### **Sicherstellung in internationalen Strafverfahren**

Das Bundeskabinett hat am 08.08.2007 den [Regierungsentwurf](#) eines Gesetzes zur Umsetzung des [Rahmenbeschlusses 2003/577/JI des Rates v. 22.07.2003](#) über die Vollstreckung von Entscheidungen über die Sicherstellung von Vermögensgegenständen oder Beweismittel in der Europäischen Union beschlossen. Durch diese Neuregelung soll die Sicherstellung von Gegenständen im Rahmen von grenzüberschreitenden Strafverfahren vereinfacht und beschleunigt werden. Lesen Sie auch die [BMJ-Pressmitteilung v. 08.08.2007](#).

### **Strafverschärfung für extremistische Gewalttaten**

Die Länder Brandenburg und Sachsen-Anhalt wollen im Rahmen einer Bundesratsinitiative durch Änderungen im Strafgesetzbuch erreichen, dass rassistische oder fremdenfeindliche Beweggründe einer Tat bei der Festsetzung der Strafe besonders berücksichtigt werden. Dazu sind Änderungen der §§ 46, 47 und 56 StGB vorgesehen. Lesen Sie hierzu die [Pressemitteilung des Justizministeriums Brandenburg v. 15.08.2007](#).

### **Änderungen im Maßregelvollzug**

Das Gesetz zur Sicherung der Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus und in einer Entziehungsanstalt wurde im [BGBl. I 2007, 1327 ff.](#) vom 19.07.2007 verkündet. Es tritt am Tag nach seiner Verkündung in Kraft. Durch das Gesetz wird die Vollstreckungsreihenfolge im Fall der Unterbringung in einer Entziehungsanstalt neu geregelt. Lesen Sie hierzu auch KammerInfo [12](#), [7](#), [6](#), [5/2007](#); [14](#), [11](#), [8](#), [7/2006](#) sowie [10/2005](#).

### **Jahressteuergesetz 2008**

Das Kabinett hat am 08.08.2007 den Regierungsentwurf für ein Jahressteuergesetz 2008 beschlossen. Den Regierungsentwurf finden Sie [hier](#). Lesen Sie auch die [BMF-Pressemittteilung 89/2007 v. 08.08.2007](#). Die BRAK hatte bereits zum [Referentenentwurf](#) kritisch Stellung genommen ([BRAK-Stellungnahme-Nr. 30/2007](#)). Die BRAK kritisierte insbesondere die geplante Neuregelung in § 42 AO-E. Diese sieht vor, dass nicht mehr der Missbrauch von rechtlichen Gestaltungsmöglichkeiten in der Abgabenordnung erfasst werden soll, sondern dass generell alle Steuergestaltungen, die zu einem Steuervorteil führen, unter den Anwendungsbereich der Norm fallen sollen. Wir berichteten hierzu in KammerInfo [14/2007](#).

### **Unternehmenssteuerreform 2008**

Das Unternehmenssteuerreformgesetz 2008 ist am 17.08.2007 verkündet worden ([BGBl. I 2007, S. 1912 ff.](#)). Es ist im Wesentlichen am 18.08.2007 in Kraft getreten. Wir berichteten hierzu in KammerInfo [14](#), [13](#), [11](#), [10](#), [9](#), [8](#), [5](#) und [4/2007](#).

### **BFH: Mindeststreitwert verfassungsgemäß**

Der Bundesfinanzhof hat in seinem Beschluss v. 31.05.2007 ([V E 2/06](#)) festgestellt, dass die Regelung in § 52 Abs. 4 GKG, wonach in finanzgerichtlichen Verfahren der Streitwert nicht unter 1.000 € angenommen werden darf (sog. Mindeststreitwert), grundsätzlich keinen durchgreifenden verfassungsrechtlichen Bedenken unterliegt.

### **Lohnsteuer 2008**

Das Bundesministerium der Finanzen (BMF) hat mit BMF-Schreiben v. 15.08.2007 (IV C 5 - S 2533/07/0004) das [Vordruckmuster für die Lohnsteuer-Anmeldung 2008](#) und die [Tabelle länderunterschiedlicher Werte](#) bekannt gegeben.

### **XML-Tage in Berlin**

Die 5. XML-Tage finden vom 24. - 26.09.2007 an der Humboldt-Universität zu Berlin statt. Im Rahmen des Wirtschaftsforums werden XML-basierte Lösungen u.a. für den Anwendungsbereich E-Justice vorgestellt. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

### **DAI**

Das Deutsche Anwaltsinstitut (DAI) präsentiert die Veranstaltung „Bilanzkunde für Juristen“ am 14.09.2007 in Berlin und am 16.11.2007 in Bochum. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

### **Brüssel**

Ausgabe 15/2007 v. 23.08.2007 - [pdf-Format](#) -

**Aktuelles aus Hamburg:**

Der Landesverband Hamburg lädt am Dienstag, 4. September, 19:30 h in den Club an der Alster, Tenniscenter am Rothenbaum, Hallerstraße 91 (U-Bahnstation Hallerstraße) zu folgendem Vortrag ein:

**Kinderbetreuung in Hamburg nach PISA: Wie schief ist das Tor zur Welt?**

Es referieren Frau Prof. Dr. jur. Margarete Schuler-Harms über "Institutionelle Kinderbetreuung und finanzielle Familientransfers – gegenläufige oder komplementäre Regelungsstrategien?" und Frau Rechtsanwältin Sigrun Mast, Maître en droit, zu dem Thema "Kitagutschein und gut? Qualität der Kinderbetreuung mit Blick auf die landesrechtlichen Regelungen".

Weitere Informationen finden Sie, wenn Sie [hier](#) klicken.

**Impressum**

[Bundesrechtsanwaltskammer](#), Büro Berlin,  
Littenstraße 9, 10179 Berlin, Tel: 030/ 28 49 39 –  
0 , Fax: 030/ 28 49 39 – 11, E-Mail:  
[zentrale@brak.de](mailto:zentrale@brak.de)

Redaktion und Bearbeitung: RA Stephan Göcken,  
RAin Friederike Lummel  
© [Bundesrechtsanwaltskammer](#)

**Impressum**

[Hanseatische Rechtsanwaltskammer](#),  
Bleichenbrücke 9, 20355 Hamburg,  
Tel: 040/35 74 41-0, Fax: 040/35 74 41 -41,  
E-Mail: [info@rechtsanwaltskammerhamburg.de](mailto:info@rechtsanwaltskammerhamburg.de)